



Russisches Öl fließt noch immer nach Europa – wenn auch zu sinkenden Höchstpreisen. Druschba-Pipeline in Ungarn, Mai 2022.

JANOS KUMMER / GETTY

Die Sanktionen geben den Spielraum vor

Der Krieg in der Ukraine stellte die russische Volkswirtschaft vor enorme Herausforderungen. Fast vier Jahre später hat der Kreml wenig Anlass, aufgrund ökonomischen Drucks Kompromisse zu machen. Das könnte sich indes ändern. Gastkommentar von Herbert Wulf

Unmittelbar nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022 war die russische Wirtschaft mit einer Reihe von Problemen konfrontiert: Das Handelsvolumen mit dem Westen reduzierte sich dramatisch, die Weltmarktpreise für russische Energieexporte fielen deutlich, und der Kurs des Rubel zum Dollar brach ein. Die verhängten Sanktionen zielten auf eine globale Isolierung des Landes und schnitten die russische Wirtschaft über Finanzrestriktionen zum Teil vom internationalen Finanzmarkt ab. Parallel dazu kurbelte der Kreml die Rüstungsproduktion zügig an, um an der Front für Nachschub zu sorgen.

Die Prognosen für die russische Wirtschaft waren negativ. Doch entgegen diesen Erwartungen blieb die wirtschaftliche Lage stabil. Der schwache Rubel kurbelte Russlands Exporte an. Die erhöhten staatlichen Ausgaben, vorrangig für die Streitkräfte, die vor allem durch Einnahmen aus Energieexporten gespeist wurden, belebten die Wirtschaft.

Explodierende Militärausgaben

Russland wechselte zu einer Art Militär-Keynesianismus. Für den Krieg relevante Industriezweige waren in der Folge die Wachstumstreiber. Im Jahr 2025 betrugen die Ausgaben für die Streitkräfte und die Nationale Verteidigung rund vierzig Prozent des Staatshaushaltes. In den drei ersten Jahren des Krieges wuchs der Militärhaushalt auf mehr als das Doppelte.

Die heutige wirtschaftliche Lage Russlands wird sehr unterschiedlich eingeschätzt und oszilliert zwischen Extremen, nämlich der Erwartung eines Kollapses oder zumindest weiterer Engpässe – und der Einschätzung einer resilienten Wirtschaft. In einem Bericht von «Forbes» vom November 2025 heisst es etwa: «Russlands Kriegsmaschinerie zeigt un-

Nur wenn die Sanktionsschrauben deutlich angezogen werden, könnte das jetzige Wirtschaftsmodell Russlands infrage gestellt sein.

übersehbare Ermüdungserscheinungen. Nach fast vier Jahren überhitzter Finanzpolitik (...) kann der Kreml seine Notlage nicht länger verbergen.» Ein Jahr zuvor schreiben drei exilierte russische Ökonomen beim CASE-Center hingegen: «Es ist unmöglich, sich ein Szenario vorzustellen, in dem die russische Wirtschaft in eine Krise solchen Ausmasses gerät, dass Wladimir Putin gezwungen wäre, seine Politik zu ändern.»

Die unterschiedliche Entwicklung einzelner Wirtschaftssektoren und Regionen aufgrund der explodierenden Militärausgaben führte allerdings auch zu Strukturveränderungen, die langfristig negative Folgen haben können. Diese Art expansiver Wirtschaftspolitik mit hohen Staatsausgaben, die durch russische Energieeinnahmen und Reserven finanziert werden, führt zwar kurzfristig zu Wirtschaftswachstum, gleichzeitig aber auch zu ökonomischen Ungleichgewichten. Manche Experten sprechen von einer Überhitzung der Wirtschaft durch die Rüstungsproduktion, die in dieser Form nicht langfristig aufrechterhalten werden könne. Die Wirtschaft arbeitet unter voller Auslastung, so dass weitere Steigerungen der Rüstungsproduktion zu erhöhter Inflation oder dem Rückgang der zivilen Produktion erfolgen müssen. Es ist das klassische «Kanonen-statt-Butter»-Dilemma.

Dass die russische Wirtschaft den Druck von aussen bisher einigermaßen abwehren konnte, ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass die westlichen Sanktionen nur graduell eingeführt wurden. Grund dafür war vor allem die Sorge um die Energieversorgung in Westeuropa. Dennoch trafen die Sanktionen Russlands Wirtschaft – insbesondere in Bereichen, die stark von westlichen Technologielieferungen abhängig waren. Das hatte auch Folgen für Russlands Rüstungsproduktion. Je moderner ein Waffensystem ist, umso grösser ist die Abhängigkeit von importierten Komponenten.

Die Wirkung der Sanktionen blieb indes aus mehreren Gründen begrenzt: Erstens sind sie bis heute nicht umfassend und wurden nur allmählich und mit Verzug eingeführt. Bis heute importiert die EU Rohöl aus Russland. Zweitens hat die russische Regierung bereits 2014, nach der russischen Annexion der Krim und den folgenden ersten begrenzten Sanktionen, damit begonnen, die Wirtschaft gegen weitere Sanktionen zu wappnen und Wege zur Umgehung zu finden. Eine Reihe von Ländern fungiert als Transitländer gerade für westliche Technologieprodukte.

Drittens verweigerte eine Vielzahl von Ländern die Teilnahme an den Sanktionen und handelt weiterhin mit Russland. Die Ergebnisse der westlichen Handelssperren waren daher gemischt. Da ausländische Investitionen in Russland nie eine grosse Rolle spielten, blieb ihr fast gänzlicher Ausfall ohne grosse negative Auswirkungen. Die Wachstumskurve des russischen BIP zeigt einen pandemiebedingten Einbruch im Jahr 2020 und 2022 einen Rückgang um fast 1,5 Prozent als Folge der Sanktionen. Dann erholt sich die Wirtschaft, und das Wachstum steigt auf rund vier Prozent in den Jahren 2023 und 2024.

Fragwürdige Statistiken

Heute steht die russische Wirtschaft vor erheblichen Herausforderungen, und die Schätzungen und Prognosen für die kommenden Jahre liegen deutlich niedriger. Erstens ist die Finanzierung des Staatshaushaltes mit dem hohen Anteil der Militärausgaben nicht langfristig gesichert. Die Weltmarktpreise für russisches Öl sind gefallen. Ausserdem hat sich Russland beim Nationalen Wohlfahrtsfonds bedient. Allein 2023 wurden 3,46 Billionen Rubel entnommen, das entspricht mehr als vierzig Prozent der Militärausgaben. Drei Viertel des Fonds sind nach drei Jahren Krieg aufgebraucht, rund 113 von 148 Milliarden Dollar.

Zweitens: Russlands Importabhängigkeit behindert, was man einen Militär-Keynesianismus nennen kann. Je konsequenter die Sanktionen greifen, desto schwieriger und teurer wird es, die benötigte Rüstungstechnologie einzuführen. Drittens hat die Priorisierung der Kriegswirtschaft zu Strukturveränderungen bei der Industrie geführt. Rüstungsrelevante Branchen sind von staatlichen Ausgaben abhängig, während einkommengenerierende Industriezweige wie die Förderung von Öl und Gas sowie der Bergbau Produktionsrückgänge verzeichnen.

Viertens: Die hohen staatlichen Ausgaben, bei gleichzeitigen Engpässen auf dem Arbeitsmarkt, haben sich in einer höheren Inflationsrate niedergeschlagen. Nach einem Höhepunkt 2022 sank sie unter sechs Prozent und stieg 2024 auf mehr als acht Prozent. Präsident Putin teilte mit, die Inflation werde Ende 2025 bei rund sechs Prozent liegen. Diese Zahlen basieren allerdings auf fragwürdigen offiziellen russischen Statistiken; sie dürften in der Realität noch höher liegen.

Fünftens: Russlands Wirtschaft leidet unter Fachkräftemangel. Die Rüstungsanstrengungen führen dazu, dass im zivilen Teil der Wirtschaft Personalknappheit herrscht. Präsident Putin teilte im Februar 2024 mit, dass in der Branche 520 000 neue Jobs geschaffen worden seien. Damit dürften rund 3,5 Millionen Personen in der Rüstungsindustrie arbeiten. Die Mobilisierung von Soldaten für die Front in der Ukraine durch entsprechende wirtschaftliche Anreize verstärkte die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zusätzlich. Die im Krieg verwundenen und getöteten Soldaten fehlen. Ausserdem haben viele hoch qualifizierte Fachkräfte Russland wegen des Krieges verlassen.

Diesmal kein Totrüsten

Die wirtschaftliche Zukunft Russlands hängt stark von der Entwicklung der Sanktionen ab. Würden sie gelockert oder weniger effektiv durchgesetzt, dann erhielte das Land Spielraum. Präsident Putin kann dann weiterhin auf seinen Maximalpositionen bestehen.

Die russische Wirtschaft hat die ersten Jahre des Krieges überstanden, zwar mit einigen Blessuren, ohne aber unter dem Druck von aussen einzubrechen. Durch Umstrukturierung in Russland selbst und Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern, vor allem mit China, aber auch mit vielen Ländern des globalen Südens, ist es gelungen, den Bruch der Beziehungen mit dem Westen weitgehend zu kompensieren.

Entsprechend könnte der Krieg in der Ukraine von Russland weiterhin ökonomisch unterfüttert werden. Nur wenn die Sanktionsschrauben deutlich angezogen werden, könnte das jetzige Wirtschaftsmodell Russlands infrage gestellt sein – mit entsprechenden Konsequenzen für seine Kriegsanstrengungen. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass eine ähnliche Situation entsteht wie am Ende des Kalten Krieges, als die Sowjetunion von den Vereinigten Staaten totgerüstet wurde.

Herbert Wulf ist emeritierter Professor für Friedens- und Konfliktforschung. Er leitete das Bonn International Center for Conflict Studies (BICC) und forschte am Stockholm International Peace Research Institute (Sipri).